

22.02.2019

Frau Kreuzer
Tel.: 89230

S 11

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 26.02.2019

„Übergangwohnheim Am Rastplatz“

(Anfrage für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft)

Die Gruppe BÜRGER IN WUT hat folgende Anfrage für die Fragestunde gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Personen sind derzeit im Übergangwohnheim Am Rastplatz untergebracht, wie viele davon sind alleinstehend und welchen aufenthaltsrechtlichen Status haben die Bewohner (bitte Personenzahl getrennt nach Status ausweisen)?
2. Aus welchen Staaten kommen die in dem Objekt lebenden Menschen (bitte die fünf wichtigsten Nationalitäten unter Angabe der Personenzahl nennen)?
3. Wann kam es erstmals zu Beschwerden aus der Nachbarschaft über die von den Bewohnern des Übergangwohnheims Am Rastplatz ausgehende Lärmbelästigung und was ist seitdem von den Behörden veranlasst worden bzw. welche Maßnahmen sind geplant, um diesen Beschwerden abzuwehren?“

Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1

Das Übergangwohnheim Am Rastplatz ist für bis zu 330 Personen ausgelegt. Der Betreuungsauftrag erstreckt sich über 270 Plätze. Am 18. Februar 2019 wohnten 226 Personen im Übergangwohnheim Am Rastplatz. Davon waren vier männliche und fünf weibliche Personen allein eingereist. 130 haben eine Aufenthaltserlaubnis, 58 eine Aufenthaltsgestattung, 25 sind geduldet, elf haben die deutsche Staatsangehörigkeit und zwei eine Fiktionsbescheinigung.

Zu Frage 2

84 Personen stammen aus Syrien, 27 aus Nigeria, 23 aus dem Irak, 21 aus Afghanistan und 13 aus Ghana.

Zu Frage 3

Das Übergangwohnheim Am Rastplatz ist im Dezember 2017 eröffnet worden. Ende Mai 2018 ist bei der Polizei Bremen die erste Meldung wegen Lärmbelästigung eingegangen. Im Verlauf des Sommers kam es zu weiteren Einsätzen, zuletzt im Oktober. Anwohner hatten sich vorwiegend über zu laut spielende Kinder beklagt.

Am 22. Juni 2018 ist per E-Mail die erste Lärmbeschwerde von Anwohnern bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport eingegangen. Im August hat das Ortsamt Kontakt zum Referat Zuwandererangelegenheiten bei der Senatorin für Soziales, Jugend,

Frauen, Integration und Sport und zum Leiter der regionalen Abteilung Nord/West der Polizei Bremen aufgenommen. Es folgten Briefe, E-Mails und Gespräche mit dem Ortsamt und betroffenen Anwohnern. Im August 2018 hat die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport Immobilien Bremen beauftragt, eine Lärmmessung zu veranlassen. Sie erfolgte im September. Die Ergebnisse lagen Ende 2018 vor und wurden zunächst gemeinsam mit dem Lärmgutachter ausgewertet. Im Januar 2019 wurde das Lärmgutachten in einer öffentlichen Beiratssitzung vorgestellt. Der Lärm wird hauptsächlich durch spielende Kinder verursacht.

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport hat das Ziel, mit den Anwohnern eine einvernehmliche Lösung zu finden. Zunächst wurde Immobilien Bremen beauftragt, eine Einhausung eines Treppenhauses sowie weitere bauliche Maßnahmen zur Reduzierung des Lärms zu prüfen. Ergebnisse liegen hierzu noch nicht vor. Zudem wurde der Betreuungsträger beauftragt, in den Monaten April bis einschließlich September 2019 die Betreuung bis 20 Uhr vorzunehmen, da die Beschwerden über Lärm sich hauptsächlich auf die Zeit nach 17 Uhr bezogen hatten. Des Weiteren plant das Ortsamt einen Runden Tisch zu dem Thema. Er wird erstmalig im März 2019 tagen.